

Bierstädter Zeitung

Amts-Blatt.

Zugleich

Anzeiger für das blaue Ländchen.

(Umfassend die Ortshaften: Auringen, Breckenheim, Dellenheim,

Viedenberg, Erbenheim, Dethlo, Iskadt, Kloppeheim, Wassenheim, Wiedenbach, Rarob, Nordenstadt, Rumbach, Sonnenberg, Wallau, Wildschafen.)

Fernruf 2027.

Redaktion und Geschäftsstelle Bierstadt, Ecke Morig- und Röderstraße

Fernruf 2027.

Redaktion, Druck und Verlag Heinrich Schulze in Bierstadt.

Nr. 41.

Mittwoch, den 18. Februar 1914.

14. Jahrgang.

Tagesordnung

zu der auf Freitag, den 20. Februar cr., nachmittags 8 Uhr im hiesigen Rathause anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung:

1. Betr. Genehmigung der am 31. Januar 1914 im Distrikt „Wellborn“ Nr. 9 abgehaltenen Holzversteigerung.
2. Betr. Besuch des Länders August Simon, hier, Langgasse, um Befreiung von der Hundesteuer.
3. Betr. Besuch um Unterstützung des Diakoniefonds.
4. Betr. Feststellung des Haushaltsvoranschlags der Gemeinde Bierstadt für das Rechnungsjahr 1914.
5. Betr. Beschlussfassung über die Verteilung des Steuerbedarfs an direkten Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1914.

Bierstadt, den 17. Februar 1914.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Bekanntmachung.

Die am 11. Februar cr. stattgehabte Vergebung der für die Herstellung der Schwarzgasse und Morigstraße hiesiger erforderlichen Arbeiten und Lieferungen hat die Genehmigung des Gemeinderats hieselbst erhalten, wovon die Unternehmer der Lieferungen und Arbeiten mit der Anforderung in Kenntnis gesetzt worden, die übernommenen Lieferungen und Arbeiten zu den bei der Vergebung bekannt gemachten Vollendungsterminen auszuführen.

Bierstadt, den 16. Februar 1914.

Der Bürgermeister: Hofmann.

— Berlin, 17. Februar.

Russische Umtriebe.

Die orientalische Frage will noch immer nicht ins Stadium einer verhältnismäßigen Ruhe zurückkehren. Ist auf der einen Seite ein gewisser Stillstand erreicht, dann fangen auf der anderen Seite des Balkans die Puppen wieder an zu tanzen, und allenthalben merkt man, daß russische Drahtzieher dabei tätig sind.

In der Inselfrage, die immer noch der Lösung harret, drängt Rußland hinter dem Rücken Englands und Frankreichs auf schärfste Maßregeln gegen die Türkei. In der Dreibund aus wohlwollenden Gründen nicht dafür zu haben ist. An den Balkanhöfen sind russische Kräfte tätig, um einen neuen Balkanbund unter dem Protektorate Rußlands zustande zu bringen, der natürlich in seinen letzten Zielen neue Unruhen und kriegerische Unternehmungen verfolgen soll, die kaum eine andere Richtung nehmen können als gegen unseren beschränkten Oesterreich-Ungarn. Weinahe war in Petersburg die Geschichte fertig gedreht, aber Rumänien wollte die Finger draus lassen, mit guten Gründen; denn als Pufferstaat hätte es schließlich in erster Linie die Belastung zu tragen.

Nun heßt die russische Diplomatie, die so gern auf Schleichwegen wandelt und sich hinter anderen Staaten verbergt, offen gegen Oesterreich. Im „Politischen Klub“ in Petersburg hielt am Montagabend der faktisch bekannte Graf Bobrinski einen Vortrag, in welchem er die Angriffe gegen die österreichisch-ungarische Monarchie in schärfster Weise fortsetzte und schließlich erklärte, daß die Verfolgung der Orthodoxen in Oesterreich-Ungarn nur die Folge der Unmöglichkeit in Rußland sei und so lange dauern werde, bis das russische Volk sich einig zum Schutze seines Glaubens erhebt.

Das ist ja die alte beliebte Melodie der russischen Diplomatie der Reserve, die Länder, die der russische Wille als heute ins Auge gefaßt hat, als in religiöser Beziehung unterdrückt hinzustellen, mit „tollendem Rußel“ zu Unruhen und Aufruhr zu heizen und dann als „Schirmherr“ aufzutreten, um sie in die eigene dazu mitgebrachte Jagdtasche zu stecken, wenn auch vorläufig unter anderem Etikett. So war es vor einem Jahrzehnt mit den türkischen Provinzen am Balkan, obwohl die Türkei alles vermied, was Unruhe in Rußland geben konnte, so soll es jetzt mit den österreichischen Provinzen gemacht werden, in denen eine riesige griechisch-katholische Bevölkerung vorhanden ist. Hätten Protestanten und Katholiken in Rußland nur halbwegs die Religionsfreiheit, die jene in Oesterreich-Ungarn genießen, dann würden sie froh sein.

Man will eben russischerseits nicht eher die orientalische Frage als gelöst erscheinen lassen, bis Rußland im Besitz von Konstantinopel und dem Bosphorus ist und am Balkan bis vor die Tore Wiens seine Bedrohungen das große Wort führen.

Die russische Vöndergier ist nicht zu befriedigen. Darum muß Oesterreich ständig auf der Wache stehen, und der Dreibund kann nicht vorsichtig genug zu Werke gehen.

Die Steuerreformer.

Dem Bündlertage folgte am Dienstag die 39. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Den Vorsitz führte Graf Mirbach-Sorquitten. In seiner Eröffnungsrede stellte er den wahren, aber nur zu wenig beachteten Satz auf: „Unser wirtschaftliches Leben würde sich viel gesünder und erfolgreicher entwickeln, wenn in rein wirtschaftlichen Fragen vor allem politische Gegensätze ausgeschaltet würden.“ Der Abschluß der Reichsversicherungsordnung sei in ihrer Konstruktion für alle im praktischen Leben stehenden geradezu unsäglich. Dadurch wie auch mit der neueren Steuerreform werde der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet. Man gehe tatsächlich einer Konfiskation des Privateigentums entgegen. Das Reichsbesitzsteuergesetz wie überhaupt unsere Steuerreform sei geeignet, die Freude an schaffender Arbeit zu zerstören, die Neigung zur Sparbarkeit, zur Vermögensansammlung zu vernichten, die Vermögensflucht ins Ausland zu begünstigen. Redner verlangt eine Revision der neuesten sozialpolitischen Gesetzgebung, Beseitigung des Reichsbesitzsteuergesetzes sowie Ersatz des finanziellen Bedarfs des Reiches durch eine entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge. Professor Dr. Woldenbauer-Köln sprach über die Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes der Arbeitswilligen und die Frage der Arbeitslosenversicherung. Ausführungen gipfelten in zwei Resolutionen, die folgenden Wortlaut haben:

A. Bezüglich des Schutzes der Arbeitswilligen: „Die seit Jahren sich mehrenden Klagen aus den Kreisen der Arbeitgeber und der den Streik verwerfenden Arbeiter zeigen, daß der Schutz der Arbeitswilligen vollkommen ungenügend ist, teils weil die Gesetze keine hinreichende Handhabe bieten, um schnell und wirksam einzuschreiten, teils weil die Behörden, insbesondere die Polizeibehörden, von den ihnen heute schon zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zum Schutze der Arbeitswilligen ungenügend Gebrauch machen. Die Autorität des Staates, das Interesse an einem ungehinderten Fortgang der Produktion und die Rücksicht auf die große Mehrheit bildende Masse der Arbeitswilligen erfordern dringend einen stärkeren Schutz gegenüber dem Terrorismus, der von den Streikenden und ihrem Anhang ausgeht wird. Dieser Schutz ist zu erreichen auf dem Wege einer besseren Instruktion der Behörden über die schon nach heutigem Recht erlaubten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen sowie einer besseren Ausbildung der mit der Abwehr von Streikausführungen betrauten Polizeimannschaften, vor allem aber auch auf dem Wege einer Milderung der Gesetzgebung. Durch sie ist ein erhöhter Schutz der Persönlichkeit gegen Bedrohungen anzustreben, ein beschleunigtes Verfahren zur Aburteilung von Streikausführungen einzuführen und insbesondere eine Handhabe zu gewähren, Belästigungen durch Streikposten von vornherein unmöglich zu machen.“

B. Bezüglich der Frage der Arbeitslosenversicherung: „Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer begrüßt mit Genugtuung die ablehnende Haltung der Reichsregierung gegenüber den Anträgen auf Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung aus den folgenden Gründen:

1. Bis heute fehlen statistische Unterlagen über den Umfang und vor allen Dingen über die Dauer der Arbeitslosigkeit, wie überhaupt der Nachweis eines Bedürfnisses für eine Reichsarbeitslosenversicherung bis heute noch nicht erbracht ist. Im Gegenteil zeigt die geringe Beteiligung, die überall trotz günstiger Vorbedingungen die freiwillige Arbeitslosenversicherung aufweist, daß gerade in den Kreisen derer, an die bei einer Reichsarbeitslosenversicherung in erster Linie gedacht ist, ein Bedürfnis für eine solche Versicherung kaum empfunden wird.

2. Eine Reichsarbeitslosenversicherung würde nicht nur eine weitere erhebliche Belastung der erwerbstätigen Stände des deutschen Volkes bedeuten, sondern vor allen Dingen das Ueberangebot von Arbeitskräften in der Stadt und damit umgekehrt die Flucht vom Lande fördern, also die heute schon sehr ungünstige Lage des Arbeitsmarktes noch verschlimmern.

3. Die praktische Durchführung einer Reichsarbeitslosenversicherung müßte an der Unmöglichkeit einer objektiven Feststellung der Ursache der Arbeitslosigkeit und der Unmöglichkeit einer objektiven Verantwortung der Frage, welche Arbeit als angemessen dem Arbeitslosen zugemutet werden kann, scheitern.

4. Eine Reichsarbeitslosenversicherung würde das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter schwächen und den Trieb zur Selbsthilfe lähmen.

5. Einen wirklichen Vorteil von dieser Versicherung würden in erster Linie die Gewerkschaften haben, die auf diese Weise in die Lage versetzt würden, noch erheblich größere Mittel als bisher für Streikunterstützungen aufzuwenden.

Aus diesen Gründen ist auch das Vorgehen der Städte, durch unmittelbare oder mittelbare Unterstützung der Gewerkschaften das Problem der Arbeitslosenversicherung zu lösen, zu verwerfen, und daher das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung, den Städten für diesen Zweck Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, lebhaft zu bedauern. Das Problem der Arbeitslosenversicherung kann nicht auf dem Wege der Versicherung gelöst werden, sondern nur durch unmittelbare Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, also geeignete Maßnahmen der Arbeitsvermittlung, Arbeitsverteilung und Arbeitsbeschaffung. Alle Maßnahmen schließlich, welche die gleichmäßige Entwicklung der produktiven Kräfte Deutschlands fördern, bedeuten gleichzeitig einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“

Diese Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Ueber die Reichsbankdiskontsätze referierte Reichs- und Landtagsabg. Dr. D. Arendt-Berlin. Die von ihm vorgeschlagene Resolution fand ebenfalls einstimmige Annahme. In derselben wird ausgesprochen, daß Regierung und Reichstag für die Vermeidung übermäßig hoher Diskontsätze sorgen müßten.

In das Programm der Vereinigung wurden folgende zwei Punkte neu aufgenommen:

1. Die Erhaltung und der Schutz des Privateigentums, welche die Grundlage der Kultur und der Rechtsordnung ist, muß die Richtschnur jeder staatsbehaltenden Gesetzgebung sein.

2. Die Stärkung des Mittelstandes in Stadt und Land ist eine der bedeutsamsten Aufgaben der Volkswirtschaft.

Sodann referierten die Herren Professor Dr. van der Vorst, der frühere Präsident des Kaiserl. Statistischen Amtes, und Abg. Graf Wilamowitz-Möllendorff über das Thema: „Die Mehrbelastung des Grundbesitzers neuester Zeit im Gebiete der direkten Steuern, der Kirche und der Schule in Preußen — sowie der Sozialpolitik und der Reichssteuerreform.“

In der im Anschluß an die Referate gefaßten Resolution heißt es:

„Es ist aus praktischen und besonders aus grundsätzlicher Erwägung dringend geboten, das gesetzliche Versprechen wegen Wiederbeurteilung der Zuschläge der staatlichen Einkommen- und Körperschaftsteuer einzulösen, die einseitige Wendung der Staats- und Reichssteuerreform gegen den Besitz aufzugeben und sich wieder daran zu erinnern, daß ohne fühlbare Mehrbelastung der Bevölkerung durch einen verständigen Ausbau der Besteuerung entbehrlichen Massenverbrauchs und der Verkehrssteuerung noch erhebliche Mittel für die wachsenden öffentlichen Bedürfnisse beschafft werden können.“

Politische Rundschau.

— Berlin, 17. Februar.

Der Kaiser begab sich Dienstagabend nach Karlsruhe zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für die verstorbene Prinzessin Wilhelm von Baden. Vorher nahm der Kaiser am Abtessen-Essen des Gardekorps teil.

Der Kaiser hörte am Dienstag vormittag im Schloß die Vorträge der Chefs des Militärkabinetts, des Marinekabinetts und des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes.

Prinz Wilhelm zu Wied ist nach London abgereist. Er wird seinen Rückweg über Paris nehmen.

Der König der Belgier ist bei einem Spazierritt vom Pferde gestürzt und hat den linken Arm gebrochen.

zur Neuordnung der Sonntagsruhe hat die Gesellschaft für Soziale Reform dem Reichstagsausschuß eine Eingabe überreicht, hinter der die 42 der Gesellschaft angeschlossenen Angestelltenverbände mit 700 000 Mitgliedern stehen. Die Eingabe fordert grundsätzlich die volle Sonntagsruhe im ganzen Handelsgewerbe. In den Kontoren soll keine Ausnahme stattfinden, in offenen Verkaufsstellen nur, soweit es sich um sogenannte Bedürfnisgewerbe handelt, eine Verkaufszeit von höchstens zwei ungeteilten Vormittagsstunden vor dem Hauptgottesdienste. In das Gesetz sollen auch die Gastwirtschaften, Theater und Apotheken einbezogen werden mit entsprechenden Modifikationen. Inzwischen hat der Reichstagsausschuß die in einem Antrag Mumm (Wirtsch. Bgg.) und in einem Antrag Bender (Soz.) geforderte allgemeine völlige Sonntagsruhe mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Die Verurteilung des Rührer Gewerkschafts-Prozesses hat der Rechtsanwalt Schreiber im Auftrage der christlichen Gewerkschaften. Es handelt sich um den auffeherregenden Prozeß, welcher vom 17. bis 20. Dezember in Köln gegen eine Anzahl sozial-

listischer und gewerkschaftlicher Zeitungen, u. a. gegen die „Vergarbeitszeitung“ und gegen die in Köln erscheinende „Rheinische Ztg.“ stattgefunden hat. Diese Blätter hatten Artikel gebracht, worin behauptet wurde, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften, die auf dem Kongreß zu Essen am 26. November 1912 in ziemlich energischer Weise Stellung gegen die Enghelligkeit „singulär quodam“ genommen hatten, vorher heimlich in die Hände des Bistums-Berwiesers Dr. Kreuzwald in Köln eine schriftliche Erklärung der Unterwerfung abgegeben hätten. Diese Behauptung war aus einem Artikel der „Berliner Volksztg.“ und mehreren Artikeln der evangelischen Bundeszeitung „Wartburg“ entnommen worden. In der Beweisnahme wurde die Unrichtigkeit dieser ausdrücklichen Unterwerfung dargetan. Es wurden u. a. als Zeugen vernommen: Bischof Schulte-Paderborn, Generalvikar Dr. Kreuzwald, Dr. Karl Maria Kaufmann, Herausgeber der „Kölnischen Korrespondenz“ und Wortführer der integralen Richtung im Katholizismus. Das Urteil lautete damals auf 50–500 Mark Geldstrafe, je nach Schwere der gebrauchten Ausdrücke. Die Angeklagten hatten keine Berufung eingelegt.

Parlamentarisches.

? Der Bau eines Reichsarchivs wurde in der Budgetkommission des Reichstages abgelehnt.

Europäisches Ausland.

England.

* Zwischen England und Italien ist nur ein vorläufiger Accord betreffend die Eisenbahnkonzeption in Kleinasien abgeschlossen worden. Die Inselfrage wurde bei den Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen gar nicht angedrungen.

Schweden.

* Im Kampf um die schwedische Wehrvorlage verläutet, das Ministerium beabsichtigt nicht die sofortige Reichstagsauslösung, sondern wolle auf Grund der Arbeiten der Wehrfragekommission eine modifizierte Wehrvorlage binnen vierzehn Tagen dem Reichstage unterbreiten. Dann erst soll der Appell an die Wähler erfolgen.

* Ein neues Ministerium unter dem Vorsitz des bisherigen Landeshauptmannes Hammarström hat die Genehmigung des Königs gefunden. Es ist ausschließlich ein Ministerium des Königs ohne jeden Rückhalt bei den politischen Parteien. Ihm fällt die Aufgabe zu, die Wehrvorlage zur Annahme zu bringen, wozu aber wohl erst ein neues Parlament gewählt werden muß.

Balkan.

* Kein neues Balkanbündnis ist zustande gekommen. Wie in Bukarest politischen Kreisen versichert wird, war gelegentlich der Zusammenkunft des serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos in Petersburg beabsichtigt, ein neues Balkanbündnis unter Einbeziehung Rumäniens ins Leben zu rufen. Die russische Diplomatie war mit allen Kräften bestrebt, dieses Bündnis zustandezubringen, doch scheiterten diese Bemühungen an dem Widerstand Rumäniens, das sich an einem neuen Balkanbündnis unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht beteiligte. Infolgedessen ist es untunlich, von einem neuen Balkanbündnis zu sprechen, denn es besteht gegenwärtig nur der vor Ausbruch des Balkankrieges zwischen Serbien und Griechenland geschlossene Bündnisvertrag.

Türkei.

* Zum Chef der türkischen Streitkräfte in Armenien ist ein höherer belgischer Offizier, der Oberst Deguis, Militärgouverneur von Lüttich, ernannt worden. Er soll die Reorganisation der türkischen Truppen leiten.

Amerika.

Vereinigte Staaten.

* Für die Panamakanal-Durchfahrt mochten die Amerikaner ihren Handelsschiffen besondere Vergünstigungen zusichern. Bei der Frage einer Beteiligung Englands und Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco spielte diese Frage bereits eine Rolle. Der Druck der diplomatischen Bemühungen scheint nun den Präsidenten

Wilson zum Nachgeben gezwungen zu haben. Er erklärte im Hause einer Unterhaltung mit einem Journalisten, daß er seinen ganzen Einfluß aufzubieten werde, um durchzusetzen, daß den Schiffen aller Nationalität bei der Durchfahrt durch den Kanal gleiche Rechte und Pflichten auferlegt werden. Unter keinen Umständen sollen den amerikanischen Schiffen irgend welche Zollvergünstigungen gewährt werden.

Guatemala.

* Niedergebrannt zum größten Teile haben die Aufständischen die von ihnen eingenommene Hafenstadt Comacalbas. Die Ausländer konnten sich in Sicherheit bringen.

Aus Stadt und Land.

* Deutschlands Ueberlegenheit im Flugwesen wird jetzt von der englischen Presse rückhaltlos zugegeben. Die „Daily Mail“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die großen Fortschritte, die Deutschland im Flugwesen gemacht hat. Während noch vor wenigen Monaten Frankreich den Vorrang hatte, sei jetzt jeder Rekord von militärischer Bedeutung in deutschen Händen. Den Hauptgrund für diese Leistungen sieht das Blatt in der außerordentlichen Zuverlässigkeit der deutschen Maschinen, denen bisher weder in Frankreich noch in England Gleichartiges an die Seite zu stellen sei.

* Bei der Verfolgung von Dieben verunglückt ist ein Schutzmann in Berlin. Der Beamte beobachtete nachts mehrere Diebe, die die Schaufenster eines Buchhändlers ausplünderten. Er wollte die Diebe, die geflohen waren, verfolgen und zu diesem Zweck ein Automobil benutzen. Dem Chauffeur hatte er den Auftrag gegeben, die Fliehenden mit möglichst schneller Schnelligkeit zu verfolgen. Vermutlich ist daraufhin der Chauffeur angefahren, bevor der Schutzmann im Auto saß. Der Polizeibeamte rutschte ab, geriet unter die Räder und wurde schwer verletzt.

* Einer der Retter von Zeche „Mehnenbach“ tot aufgefunden wurde in seiner Wohnung in Brandbaur. Der 24-jährige Steiger Hubert Walzer war einer der ersten, die sich an den Rettungsarbeiten bei dem letzten Unglück auf der Zeche „Mehnenbach“ beteiligten. Seit dieser Zeit lagte er fortwährend über Müdigkeit. Man nimmt daher mit Sicherheit an, daß Walzer an den Folgen des Einatmens großer Mengen giftiger Grubengase gestorben ist.

* Im Bett verbrannt ist in Herne nachts das 8 Jahre alte Mädchen des dortigen Gutsbesizers Hesse. Eine etwas ältere Schwester hatte ein Kerzenlicht angezündet und neben das Bett gestellt. Die kleine Schwester kam mit ihrem Kopf zum Licht zu nahe und erlitt so schwere Brandwunden, daß der Tod bald darauf eintrat.

* Deutschlands zweitlängster Tunnel, der Distelfantentunnel bei Schlüchtern, ist jetzt soweit fertiggestellt, daß er am Montag zum ersten Male in seiner ganzen Länge mit Arbeitswagen durchfahren werden konnte. Die Eröffnung des Tunnels soll mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplanes für 1914 erfolgen.

* Ein Kind im Walsafas ertrunken ist in Vöden. Die Mutter hatte sich auf kurze Zeit entfernt und das Kind ohne Aufsicht gelassen.

* Drei Personen wegen Spionage zugunsten Russlands verhaftet. Der Polizei ist es gelungen, eine weit verzweigte russische Spionage-Organisation aufzudecken und drei ihrer Mitglieber zu verhaften. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Einer der Verhafteten ist der Lehrer an der Kralauer Kunstakademie Wladislaus Matzehr, der sich durch seine häufigen Reisen nach Russland verdächtig machte.

* „3. 7.“ stieg am Montag nachmittag um 3 1/2 Uhr in Potsdam zu einer Fahrt über Berlin auf. Um 5 Uhr erfolgte die Landung im Potsdamer Luftschiffhafen. Graf von Zeppelin steuerte persönlich den neuen Luftkrieger.

* Einen Heberfall auf einen Polizeibeamten vollführten unbekannte Banditen in der Radzwillgasse in Kralau. Der Polizeiwachmann Kula wurde durch

Messerstiche tödlich verletzt und sterbend ins Spital gebracht. Von den Verbrechern fehlt jede Spur.

* Großfürst Konstantin „König der Juden“. Vor ungefähr einem Monat ließ der Großfürst Konstantin in privatem Kreise sein Schauspiel „König der Juden“ aufführen. Das Stück hatte so großen Erfolg, daß der Großfürst nunmehr beabsichtigt, das Schauspiel in allen Petersburger Bühnen zur Aufführung gelangen zu lassen. Gemäßigt politische Kreise, besonders die rechtsstehenden Kreise, bieten ihren ganzen Einfluß auf, um die Aufführung zu verhindern, indem sie erklären, daß die Tendenz des Stückes irgendwo aufstoß erregen könnte. — Am Montag begab sich eine Abordnung nationalistischer Deputierter zum Erzbischof von Wologda, um diesen zu einem Verbot des Stückes zu bewegen.

* Ein großer Juwelenraub wurde in Paris bei dem spanischen Bankier Triguers ausgeführt. Es wurden für etwa 100 000 Francs Juwelen entwendet. Die kostbaren Schmuckstücke, die sich aus einem Diamantkollier, Ohrringen, Ringen usw. zusammensetzten, waren in einer feuerfester eingemauerten Kassette aufbewahrt. Als die Gattin des Bankiers den Schmuck am Montag anlegen wollte, fand sie zu ihrem Entsetzen die Kassette leer, obwohl das Schloß keinerlei Spuren gewaltsamer Öffnung zeigte. Von den geheimnisvollen Dieben hat man keine Spur.

* Ernte Schneekälte im Staate New York haben innerhalb weniger Stunden die Straßen wieder sehr hoch mit Schnee bedeckt, und bei der Ausdehnung der Stadt war es dem Magistrat von New York nicht möglich, das Wegbringen des Schnees mit der nötigen Schnelligkeit zu besorgen, so daß der Verkehr in den meisten Straßen fast vollkommen unterbrochen war. Die gesamte Feuerwehr New Yorks und 13 000 Hilfspersonen sind ununterbrochen mit dem Freimachen der Straßen beschäftigt, und doch ist es ihnen bisher nur möglich gewesen, die Hauptverkehrsstraßen zu säubern. Montag nachmittag lag der Verkehr in New York noch gänzlich darnieder, nur die Untergrundbahn und die S-Bahn funktionierten. Beide konnten jedoch dem Massenandrang des Publikums nicht gerecht werden. Auch aus dem Innern des Landes kommen Meldungen über schwere Schäden, die der Blizzard angerichtet hat. Sieben Todesfälle werden gemeldet.

* Vom Eise eingeschlossen wurde infolge der Kälte, welche der amerikanische Marineschlepper „Potomac“, eine amerikanische Fischerflotte war auf freiem Meere vom Eise festgehalten worden, ohne daß es möglich war, an sie heranzukommen. Der Marineschlepper „Potomac“ versuchte nun die bedrohten Fischer aus dem Eis des St. Lorenz-Golfes zu befreien. Er wurde jedoch selbst rings vom Eise eingeschlossen und befindet sich in einer bedauerlich aussichtslosen Lage, daß die Mannschaft das Schiff verlassen mußte und auf einem lebensgefährlichen Marsche über das vereiste Meer sich nach der Küste rettete. Soweit bis jetzt bekannt, ist niemand dabei ums Leben gekommen.

Der frühere Minister des Auswärtigen und ehemalige Gesandte in Berlin, Graf Nolte ist in Tokio im Alter von 70 Jahren gestorben.

Abgeordnetenhaus

□ Berlin, 17. Februar.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ging zunächst die Beratung über den

Sparfassenantrag

Hahn und Genossen weiter, der den Sparfassen Erleichterungen beim Verleihen der Kursverluste verschaffen will. Als erster Redner sprach Abg. Veinert (Soz.), der sich gegen den Antrag aussprach. Abg. Vippmann (Sp.) vertrat die Ansicht, daß die Sparfassen keine Banken werden dürfen. Banken ohne Risiko gebe es nicht, die Sparfassen dürfen aber kein

Der Bankiersohn als Fremdenlegionär.

Erlebnisse im niederländischen Söldnerheer im hinterindischen Archipel.

Von Juse Wibi.

(Nachdruck verboten.)

Ullerdings war es nicht immer so. In den Tagen der ostindischen Kompagnie, die auf Java die Herrschaft führte, bevor der Staat selbst die Zügel in die Hand nahm, waren Aufstände infolge grausamer Unterdrückung nicht selten. Noch im 18. Jahrhundert führte der Gouverneur Daendels, ein im übrigen tüchtiger Mann, der auch der Schöpfer des beispiellos guten Wegesystems auf Java ist, ein ganz despotisches Regiment. Was er durchsetzen wollte, das setzte er durch, und was sich nicht biegen wollte, das mußte brechen.

Sehr bezeichnend für Daendels Regierungsart ist die Geschichte von der Erbauung des Militär-Lazarets in Surabaja. Man suchte lange vergeblich nach einem geeigneten Baugelände; endlich fand sich eines, das allen Anforderungen genügte. Allein der Besitzer, ein reicher Chinese, weigerte sich hartnäckig, es zu verkaufen. Der Gouverneur ließ ihn kommen und bot ihm mehrmals einen guten Preis. Abermalige trotzigste Weigerung des geldstolzen Popsträgers. Da verlor der Gouverneur die Geduld, zog einen Deut (Münze im Wert eines Viertelpennings) aus der Tasche, reichete ihn dem Chinesen und sagte: „Simpang! (Stech ein.) Mehr bekommst du jetzt nicht.“ Der Chinese war mit dem Handel natürlich nicht zufrieden und äußerte seine Unzufriedenheit unterhohlen. Kurz darauf ließ Daendels ihn nun aufhängen und seine Güter konfiszieren. Das Lazarett, ein heute noch stehendes stattliches Gebäude, wurde aufgeführt, und über dem Eingangstor bemerkte man das Bild eines am Galgen baumelnden Chinesen, der einen Deut in der Hand hält. Das Ganze trägt die lateinische Unterschrift: „Simpang!“

Auch Daendels' Gattin war eine sehr energische Dame, die, soweit es den weiblichen Teil der Untertanenschaft betraf, zuweilen selbst in die Regierung eingriff. Sie ärgerte sich über den Luxus der eingeborenen Edelfrauen, und besonders die kunstvoll mit Gold und Perlen bestickten Pantoffeln waren ihr

ein Dorn im Auge. Nichtig setzte sie denn auch eine Verfügung durch, welche allen eingeborenen Frauen, ohne Unterschied des Ranges, das Tragen von Pantoffeln verbot. Das war den Madenais (Edelfrauen) natürlich sehr gegen den Strich, und die Frau eines Kommandong (Baron) wagte es, sich mit einem Paar kostbarer Pantoffeln auf der Promenade zu zeigen, als gerade die gestrenge Gouverneurin eine Ausfahrt machte. Kaum bemerkte diese die Gefesverächterin, als sie halten und die Hebelstaterin an ihren Wagen bringen ließ. Sofort mußte die arme Madenaia die Pantoffeln ausziehen und Revronne Daendels überreichen, die sie ihr mehrmals nachdrücklich um die Ohren schlug. Nachdem sie dann coram publico demütig den Fuß der ungnädigen Herrin geküßt, durfte die Madenaia barfuß nach Hause gehen. Die gestülpten Pantoffeln aber, die immerhin einen Wert von einigen Hundert Gulden repräsentierten, will man später häufig an den Füßen der Frau Gouverneur bemerkt haben.

Kleinere Aufstände kamen unter der Herrschaft der Kompagnie des öfteren vor, und im unwirtschaftlichen Teil der Altstadt von Batavia kann man in einer zerfallenden Mauer noch einen Stein mit folgender Inschrift finden: „Den verstorbenen nagedachtenis von den landverraader Piet Elberfeld.“ An dieser Stelle wurde der Mischling Piet Elberfeld, der sich an die Spitze einer Aufstandsbewegung gestellt hatte, der grausamen Justizflüge jener Tage entsprechend, von vier Pferden auseinandergerissen.

Nachdem Java im Jahre 1811 für kurze Zeit (schon 1815 fiel es an Holland zurück) unter englische Herrschaft gekommen war, begann nach seiner Rückkehr unter die alte Flagge bald der blutige, mehrere Jahre lang andauernde Javakrieg. Diepo Regow, ein mit glänzenden Gaben ausgestatteter Fürst, hatte es verstanden, fast die ganze eingeborene Bevölkerung gegen die Fremdherrschaft mobil zu machen. Mit Erbitterung wurde auf beiden Seiten gekämpft, und der Ausgang des Krieges wäre wohl kaum günstig für die Holländer gewesen, wenn nicht Diepo Regow von anderen, auf seine Macht eifersüchtigen Fürsten verraten und verlassen worden und schließlich auf der Flucht in einem Fluße ertrunken wäre. Als nationale Heldengestalt lebt er im Gedächtnis des Volkes weiter, und auch die Eurawier können dem Andenken des sympathi-

schen, kraftvollen Mannes, des „javanischen Napoleon“ die höchste Achtung nicht verlagern.

Mit dem großen Javakriege beginnt auch die eigentliche Geschichte der Kolonialarmee. Selbstverständlich waren bereits früher ausländische Söldner im kolonialen Kriegsdienst gewesen, doch erst die zahlreichen Truppen fordernden Operationen des Javakrieges führten zu einer systematischen Ausbildung des Werbepersonals.

Zunächst war natürlich jeder willkommen, der ein Gewehr handhaben konnte, und die Kolonialarmee wurde ein Afl für Obdachlose bedenklicher Sorte. Augenblicke aller Art, entlohene Verbrecher und Deserteure aus aller Herren Länder gaben sich im Archipel ein Rendezvous. Daß diese nur durch drakonische Strenge im Zaum zu haltende Schwefelbände von den weißen Anführern und Eingeborenen gleichermäßen verachtet wurde, ist nur allzu verständlich. Die Kerle machten sich nichts daraus, aber bitter haben oft die heutigen, zum weitaus größten Teil anständigen Kolonialsoldaten unter dem immer noch nicht ganz ausgerotteten Vorurteil gegen die Armee zu leiden. In es doch nicht gar so lange her, daß am Eingang des prächtigen Botanischen Gartens in Buitenzorg ein Schild angebracht war, auf dem in großen Buchstaben zu lesen stand: „Hunde dürfen nicht mitgebracht werden. Soldaten ist der Eintritt verboten“, und daß die Weibchen und Juffrouwen, sobald sie einen Soldaten erblickten, ostentativ das Taschentuch an die mehr oder weniger große Nase führten. Und heute noch nehmen in einfachen Bergdörfern sämtliche Weiber Reiß aus in die Wälder, wenn sich eine Uniform zeigt. Erst die glänzenden Waffentaten der Armee auf Atel und Lombok im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts haben das soziale Ansehen der Soldaten etwas gehoben, wenn es auch noch viel zu wünschen übrig läßt.

Nach Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 fanden viele der Pariser Communards Zuflucht in der holländischen Kolonialarmee. Diese Gesellschaft führte sich aber derart auf, daß endlich mit dem System der offenen Tür für allen Auswurf gebrochen wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Wito übernehmen. Abg. Dr. Barenhorst (H.) bat den Minister um nochmalige Prüfung der Verhältnisse, da es sich um sehr wichtige wirtschaftliche Dinge handelt. Im übrigen stand er dem Antrage sympathisch gegenüber. Auch der folgende Redner Dr. Bohn (Lons.) gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung sich zu dem Standpunkt des Hauses beugen möge. Hierauf schloß die Debatte, und das Ministergehalt wurde bewilligt. Alsdann schritt man zur Abstimmung über die Anträge. Zu dem nationalliberalen Antrag über den Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, der Person und des Eigentums bei Arbeitsstreitigkeiten wurde ein konföderativer Zusatzantrag angenommen, der insbesondere den Schutz der Arbeitswilligen verlangt, dagegen wurde ein sozialdemokratischer Antrag Braun zur Vorlegung einer Denkschrift über die Anwendung des Arbeiterlegitimationszwanges abgelehnt, desgleichen ein sozialdemokratischer Antrag auf Abänderung des preussischen Pressgesetzes von 1851 hinsichtlich seiner Bestimmungen über die Anschlagzettel und Druckkostenverteilung. Einstimmige Annahme fand der Antrag Schmedding (Chr.) auf Übernahme der Kosten der Fürsorge für die gemeingefährlichen Verbrechenden auf den Staat. Die übrigen Anträge wandte man sich der Interpellation der Fortschrittler und den Anträgen zu den

Schädigungen durch die Sturmflut an der Ostsee. Abg. Lippmann (Sp.) begründete die Interpellation. Der Minister des Innern v. Dallwitz antwortete in seiner Beantwortung schnelle und umfassende Hilfe wie bei den früheren Notstandsaktionen zu. Die Kosten der militärischen Hilfe trägt der Staat allein, die sonstigen Kosten der Hilfsaktion zu vier Fünfteln; ein Fünftel soll die Provinz aufbringen. Die Gemeindefürsorge soll die Darlehen bekommen, um ihre Anlagen zu erneuern. Die Hilfsbedürftigen Privaten sollen mit zinslosen Darlehen unterstützt, im übrigen aber der Privatwohlthätigkeit empfohlen werden. Der Minister schloß mit der Aufforderung, demnächst die nötigen Mittel ausserordentlich zu bewilligen. Unterstützt wurde die Appell von den Vertretern der betroffenen Gebiete, den Abgg. Frhr. v. Maljahn (Lons.), Dr. Reichenow (freil.) und Dr. Schifferer (ntl.), den Vizepräsidenten Dr. Steputat und Dr. Gaigalat durch Schilderung der großen Sachschäden. Weitere Wünsche (Soz.), Schmiljan (Sp.) und Korfanti (Pole). Beantwortet wurde die Ueberweisung an eine Kommission. Das Haus beschloß demgemäß.

Nachdem man den Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und Vonderung der Amtsgerichtsbezirke Castrop und Dortmund an die erweiterte Gemeindefunktion verwiesen hatte, trat man in die Einzelberatung des

Etat des Ministeriums des Innern

ein. Man forderte eine Besserstellung der Beamten beim statistischen Landesamt und sprach sich gegen die Uebertragung der Rechtsprechung in Steuerfragen an die ordentlichen Gerichte aus. Der weitere Verlauf der Debatte brachte einen scharfen Zusammenstoß zwischen dem Minister und dem Abg. Dr. Viedknecht (Soz.), der sich in heftigen Angriffen gegen das Oberverwaltungsgericht erging. Morgen wird man die Einzelberatung fortsetzen.

Deutscher Reichstag

□ Berlin, 17. Februar.

Die heutige Sitzung wurde wieder mit den am Dienstag und Freitag unvermeidlichen kurzen Anfragen eröffnet. Auf eine sozialdemokratische Anfrage erklärte Ministerialdirektor Dr. Caspar, daß die von dem Bundesrat gelangten Gesetze um Errichtung von Hochschulen in der Tabakindustrie den zuwiderstehenden Landesregierungen zur Prüfung überwiesen werden seien. Alsdann schritt man zur Abstimmung über die zum Etat des Reichsamts des Innern gestellten Budgetkommissionen gestrichenen Beiträges für die olympischen Spiele in Berlin wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der freisinnige Antrag betr. Uebernahme für das Arbeitsverhältnis der in Reichs- und Staatsbetrieben angestellten Arbeiter und Angestellten wurde in seinen einzelnen Teilen angenommen, in der Gesamtstimmung aber durch Hammelstein abgelehnt. Darauf setzte das Haus die zweite Beratung des

Zustizetat

fort. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Kisch hat dringend um die Bewilligung einer 6. auf verschiedene in der gestrigen Debatte vorgebrachte Fragen und Anregungen ein, wie den gerichtlichen Gebührenvergleich, die Gebührenordnung für Rechtsanwälte, die neue Wechselordnung, die Haftpflicht der Besessenen, die Einschränkung der Eidesleistung, die Abänderung des Verfahrens u. a. m. Nach ihm nahm das Wort Justizrat Dr. Alblach (Sp.). Er wies auf die Heranziehung der Arbeiter und der Handwerker zum Schöffengericht und Geschworenendienst. Die Unmöglichkeit und die Beleidigung der Dortmunder wegen des preussischen Pressgesetzes ersahen Kampf gegen den Schuld, beurteilte aber den Kampf gegen die Kunst. Für die Konserwativen sprach der Justizrat Dr. Alblach. Eine Novelle zum allgemeinen Schöffengericht gegen unerkannte Geistesranke hielt keine Bedenken gegen die Zulassung der Lehrer zum Schöffengericht. Der Minister gehe es allerdings auch nicht besser. Der Reformparteiern Werner-Hersmann, Abg. Landsberger (Soz.) erhob wieder ein Verbot des Vorwurfs der Klassenjustiz gegen den deutschen Richterstand, dem in dem folgenden Redner, Justizrat Dr. Bell (Chr.), ein warmer Verteidiger gegen diese Angriffe entstand.

Locales und Provinzielles.

(Nachdruck unserer Artikel sind nur mit Quellenangabe gestattet.)

*** Der Gemeinderat hielt am Sonntag seine allwöchentliche Sitzung ab.** Das Gesuch des Ludwig Merkel um Befreiung vom Dienst bei der Pflichtfeuerwehr wird gegen Zahlung des festgesetzten Losaufgeldes entsprochen. Der Gemeindevorstand soll auf Ansuchen des August Simon der Erlaß von Hundesteuer pr. II. Halbjahr 1914 in Vorschlag gebracht werden. Dem Bausuch des Steinbaurmeisters Wilhelm Frechenhäuser auf Errichtung eines Wohnhauses an der Höderstraße wird die Zustimmung erteilt und dem Gesuchsteller aufgegeben das zur Straßenanlage erforderliche Gelände an die Gemeinde abzutreten und die Kosten für den Straßenausbau zu übernehmen. Der Kirchenvorstand hat um einen einmaligen und einen laufenden Zuschuß zu dem Diakoniefonds nachgesucht. Das Kollegium faßte den Beschluß der Gemeindevorstand vorzuschlagen dem Diakoniefonds für dieses Jahr einen Zuschuß von 500 Mk. und für nächstes Jahr einen solchen in Höhe von Mk. 800 zu gewähren. Das Konzeptionsgesuch des Fritz Albus von Wiesbaden welcher die Wirtschaft zur Sonne hier vom 1. 4. 1914 betreiben will wird auf Willfährung begutachtet. Dem Karl Wilhelm Cramer wird die Benutzung des zur Straßenanlage der Talstraße durch die Gemeinde von ihrem erworbenen Grundstück zur Lagerung von Steinen auf jederzeitigen Widerruf gegen Zahlung einer jährlichen Pachtsumme von Mk. 30 gestattet.

*** Die Pönnigasse** ist, da eine Gasleitung eingelegt wird, für den Fußverkehr polizeilich gesperrt. Man hofft, im Laufe dieser Woche die Arbeiten bewältigen zu können.

*** Jahres-Hauptversammlung.** Der Konsumverein für Hauswirtschaft hielt im Gasthause „zur Krone“ seine Jahres-Hauptversammlung ab, welche zufriedenstellend verlief. Der Vorsitzende gab einen Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Die Mitgliederzahl beträgt hier nach 130. Die Geschäfte des Vereins wurden in einer Anzahl von Vorstandssitzungen erledigt. Der Kassierbericht des Kassierers läßt erkennen, daß der Verein im letzten Vereinsjahre recht gut gewirtschaftet hat. Die laufenden Einnahmen beliefen sich auf circa 23 500 Mark. In den Ausgaben figurieren folgende Contis: Rohlen 3403 Mark, Backwaren 2462 Mark, Butter und Eier 3375 Mark u. a. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 23 051,77 M. Das Vereinsvermögen ist im letzten Jahre von 4811,60 Mk. auf 5489,58 Mk. gestiegen. Die Rechnung war von den Mitgliedern Karl Janson, Karl Meyer und Karl Möbus geprüft und für richtig befunden worden. Dem Kassierer und Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der seitbrige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

*** Der Bürgerverein** nahm in seiner Versammlung im Gasthause zum Nebenstod Stellung zur Teilnahme an den Gemeinderahlen. Außerdem beschäftigten sich mit diesem Gedanken der Bezirksverein, sowie der Haus- und Grundbesitzerverein. Da man einerseits mit diesen 3 Faktoren zu rechnen hat, sowie auf Landwirte und die auscheidenden Gemeindevorstand Rücksicht nehmen muß, so ist die Aufstellung der neuen Kandidaten keineswegs eine leichte Sache. Es ist jedoch die Verteilung bereits so spruchreif, daß auf eine völlige Einigung gerechnet werden kann. Die 3 Vorstände der genannten Vereine kommen am nächsten Montag nochmals zu einer Besprechung zusammen. Es sind Wahlen vorzunehmen für folgende auscheidende Mitglieder: 1. Klasse: Rentner Franz Sender, Pfisterermeister Franz Ludw. Mayer, Landwirt Ludwig Vogel II. 2. Klasse: Mehrgemeister Wilhelm Heymach und Landwirt Karl Friedrich Bierbrauer. 3. Klasse: Lüncher Ludwig Becker und Schreiner Wilhelm Heigner. Die Wahlen finden in der ersten Hälfte des Monats März statt. Die 3. Klasse wählt an einem, die 2. und 1. Klasse am folgenden Tage. Die 3. Klasse zählt 724, die 2. 165 und die 1. 57 wahlberechtigte Bürger.

fo. Kloppenheim, 17. Febr. Der langjährige hiesige Bürgermeister Klem hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt. Die Bürgermeisterwahl findet bereits am 28. Februar statt.

fo. Wiesbaden, 17. Febr. (Keine Erhöhung der Bezirksabgabe.) In den Etat des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden für 1914, der dem 48. Kommunallandtag in seiner am 20. April ds. Js. beginnenden Tagung zur Genehmigung vorgelegt wird, sind wie im vergangenen Jahre und in den Jahren 1911 und 1912 wieder 7 1/2 Prozent des Steuereinnahmesolls als Bezirksabgabe eingestellt. Eine Erhöhung findet demnach erfreulicherweise nicht statt.

fo. Wiesbaden, 17. Febr. (Von der Treppe gestürzt.) Die 68 Jahre alte Strickerin Eleonore Wolf stürzte heute nachmittag im Hause Neugasse 22 von der Treppe und zog sich einen linken Unterarmbruch zu, der ihre Verbringung ins städtische Krankenhaus nötig machte.

fo. Steinfischbach, 17. Febr. Der Krieger- und Militärverein beschloß die Errichtung eines Kriegerdenkmals im hiesigen Ort.

Aus Westdeutschland.

— Köln, 17. Februar. An der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung findet in der Zeit vom 25. Februar bis 3. März als 3. Fortbildungskursus ein Journalisten-Kursus statt mit dem Gesamtthema: Das moderne Zeitungswesen. Die Teilnahme an dem Kursus steht den immatrikulierten Studierenden der Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung sowie der Handels-Hochschule unentgeltlich zu. Für andere Personen werden — ohne Prüfung der Vorbildung — besondere Teilnehmerkarten ausgegeben, und zwar für sämtliche Vorlesungen für 10 Mark, für einen Tag 3 Mark. Sämtliche Teilnehmer haben während der Woche freien Zutritt in die städtischen Museen. Hervorragende Vertreter der Presse, sowohl Redakteure als Verleger, aus allen

Teilen Deutschlands, sowie bedeutende Männer der Justiz- und Kommunalverwaltung werden Vorlesungen über die Stellung der Presse im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben, ferner über das Thema: Verleger und Journalist halten.

— Köln, 17. Februar. Am Sonntag wurde auf der Müllabladestelle an der Berrenrathstraße die Leiche eines Knaben gefunden. Das Kind hat anscheinend einige Tage gelebt und ist wahrscheinlich mit einem fest um den Hals geknoteten Taschentuch erdrosselt worden.

— Elberfeld, 17. Februar. Hier hat gestern nachmittag eine junge Dame, über deren Namen Stillschweigen bewahrt wird, den Assessor Dr. Nettelbed in seiner Wohnung im Uellendahl durch einen Revolverbeschuß getötet. Das Motiv der Tat ist verächtliche Liebe.

— Essen, 17. Februar. In der Frohnhauserstraße wollte ein 30-jähriger Mann die Gleise der Straßenbahn überschreiten. Hierbei wurde er von einem Straßenbahnwagen erfasst und etwa 10 Meter mitgeschleift, wobei ihm der Kopf und beide Beine fast vollständig abgequetscht wurden. Der Straßenbahnwagen sprang aus den Schienen und fuhr gegen eine Straßenlaterne, die glatt abgerissen wurde. Man rief die Feuerwehr herbei, die den Straßenbahnwagen heben mußte, um den Toten zu bergen.

— Essen, 17. Februar. Das 620 Morgen große Gut Niehausen bei Rotthausen, eines der wenigen dort noch vorhandenen großen Güter ist zum Preise von über vier Millionen Mark verkauft worden. Auf dem Gelände des Gutes befindet sich auch der Flugplatz Rotthausen, der noch auf 18 Jahre verpachtet ist. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß der Kauf des Gutes im Austrage der Stadt Essen erfolgt ist, deren Gebiet sich damit nicht nur auf die Gemeinde Rotthausen, sondern noch bis in die Stadt Gelsenkirchen hinein erstrecken würde, so daß für die Zukunft möglicherweise auch mit der Eingemeindung Rotthausens nach Essen zu rechnen sein würde. Das Gut soll zu Bebauungszwecken und nicht, wie dies bei derartigen Gutsankäufen meistens der Fall war, für bergindustrielle Zwecke angekauft worden sein.

— Gelsenkirchen, 17. Februar. Gegen den Sanitätsrat Dr. la Roche hat die Staatsanwaltschaft einen Stadtbefehl wegen Verbrechen gegen Paragr. 218 des Strafgesetzbuches erlassen. Dr. la Roche soll im Auslande weilen, um sich der Strafe zu entziehen.

— Dortmund, 17. Februar. Die erste Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Schutzbundes gegen Rauch- und Bergschäden war von über 1000 Landwirten und Hausbesitzern aus den Provinzen des Industriebezirk besucht. Oberrentmeister Köhrs-Münster besprach in seinem Willkommensgruß die großen Schwierigkeiten bei dem Versuch, Schadenersatz zu erhalten. Landwirt Röttger-Weitmar hielt einen Vortrag über die Rauch- und Bergschäden, der vielen Beifall fand. Er ging eingehend auf die chemischen und biologischen Vorgänge bei der Rauchentwicklung im Industriebezirk ein und wandte sich gegen die Verbreitung der Ansicht aus Bergbaukreisen, daß der Rauchschaden hauptsächlich durch die Heizung der Wohnhäuser hervorgerufen würde. Prof. Remb empfahl die Gründung eines besonderen Forschungsinstituts im Industriegebiet und die Eingabe um eine staatliche Beihilfe an den Minister. Die Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden.

— Minden, 17. Februar. Die Gewerbe-, Industrie- und Kunstausstellung zu Minden ist in ihrem Bau und in den Vorarbeiten so weit fortgeschritten, daß bestimmt am 9. Juni die gesamte Ausstellung fertig wird. Der gesamte Flächenraum beträgt 60 000 Quadratmeter. Die Hauptgebäude sind für Landwirtschaft, für Maschinen, Gewerbe, Industrie und Kunst bestimmt.

— Altesseffen, 17. Februar. Auftrieb: 4449 Stück. Es wurden gezahlt im Engroszhandel für Ferkel 6—8 Wochen 17—22, von 8—12 22—28, von 12—15 28 bis 38.

Humoristisches.

— Schwerenöter. Junge Dame: „Ich habe noch eine Zwillingsschwester.“ Herr: „Nun ja, bei Ihrem Erscheinen in der Welt hat man natürlich da capo gerufen.“

Bunte Steinen.

Nach einer vor kurzem durch das französische Ministerium der öffentlichen Arbeiten veröffentlichten Statistik haben unter 11 317 334 Familien Frankreichs allein über 7 000 000 entweder gar keine oder nur 1—2 Kinder.

Sport und Verkehr.

X Ein amerikanischer Flieger ertrunken ist bei Pensacola in Florida, Leutnant Murray vom Fliegerkorps der Marine stürzte mit seinem Flugzeug aus einer Höhe von 800 Fuß in das Meer und ertrank.

Letzte Nachrichten.

Bürgerliche Ehrenrechte und Meisterprüfung. Für die Abänderung des 6. Abschnittes der Gewerbeordnung hat der Deutsche Handwerks- und Gewerbelandtag noch einen Nachtrag zu seiner früheren Denkschrift eingereicht, in welchem gebeten wird, die Zulassung zur Meisterprüfung auch von dem Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte abhängig zu machen. Dieser Wunsch erscheint um so berechtigter, als der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nach der Gewerbeordnung Voraussetzung für die Ausübung der Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen ist, die doch wiederum als das Hauptziel der ganzen Meisterprüfung angesehen werden muß.

Der Mann mit dem Doppelmagen.

— Zwei Wagen in einem Rauch befindet sich ein 19-jähriger junger Mann aus Grindelwald im schweizerischen Kanton Bern, der von Jugend auf über Magenbeschwerden klagte. In der Spitalern von Interlaken und Bern wurde nun die überraschende Entdeckung gemacht, daß er zwei Mägen trägt. Der Kranke soll demnächst operiert werden.



Turnverein Bierstadt

(Eingetragener Verein.)

Großer Preis-Masken-Ball!

5 Damen- 3 Herren- und 1 Gruppenpreis.

Sonntag, den 22. Februar

feiert der Turnverein Bierstadt in dem feenhaft beleuchteten Saale zum „Adler“ seinen großen Preis-Masken-Ball. Der Maskenball des Turnvereins war von jeher ein beliebter und gut besuchter. So wird er auch in diesem Jahr seine alte Anziehungskraft nicht verfehlen. Neu wird sein eine circa 500 Meter lange Rutschbahn. Noch stehen besonders originelle Überraschungen in Aussicht.

Drum kommt alle groß und klein,
Am Sonntag zu dem Turnverein
Ein jeder steure mit voller Macht
Hinein in unsre Festnacht
Und freut sich an der Maskenpracht
Bis daß der helle Tag erwacht.

Eintrittspreis: Karten im Vorverkauf: Herren- und Maskentarte 1 Mk., 1 Dame frei. Jede weitere Dame 50 Pf.
An der Kasse: Herren- und Maskentarte 1,20 Mk., eine Dame frei. Jede weitere Dame 60 Pf.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Herren Gastwirten Brühl (zum Adler), Klein (Stadt Wiesbaden), Friedrich (zum Bären), Hofmann (Friedrichstraße), Mai (zur Krone), Frau Hofmann Bw., (zum Taunus) und Frau Menges Bw., (zum Gambinus). Ferner bei den Herren Wilh. Gräf, Schneidermeister, Rathausstr.; Aug. Harb, Sandbachstr.; Wilh. Rildan, Ebenheimerstraße 24, Bierbrauer, Blumenstr., Veinlein, Roffauer Hof.

Masken, die auf einen Preis reflektieren, müssen bis um 9 Uhr im Saal anwesend sein. Masken, die über einen Quadratmeter Umfang haben, müssen sich den Anordnungen des Komitees fügen.

Demaskierung gegen 11 Uhr.

Die Preise sind in dem Schaufenster von Gebr. Abraham von Sonntag, den 15. Februar ab ausgestellt.

Kinder haben unter keinen Umständen Zutritt.

Kasseneröffnung 6 Uhr.

Einzug des nächtlichen Komitees 7 Uhr 11 Minuten.
Zu recht zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Alle Arten Masken Anzüge

für Herren u. Damen von M 3.— an zu verleihen.
Wiesbaden, Weiritzstr. 2 (Putzgeschäft.)

Bruchleidende!

Meine nach dem Körper anatomisch richtig gearbeiteten

Bruchbänder

(mit und ohne Feder)

bieten auch in den schwersten Fällen Hilfe und Erleichterung! Durch die der Bruchstelle entsprechend angefertigte Pelotte wird der Bruch unbedingt zurückgehalten und garantiere ich für tadellosen Sitz.

Gummistrümpfe, Leibbinden u. künstlich Glieder aller Systeme.

Für Damen weibliche Bekleidung.

Jacob Reining,

Spezial-Geschäft für Bruchleidende.

Telefon 1439.

Markt, Brand 21

Telefon 1439.

Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank)

Aktienkapital und Reserven: 192 000 000 Mark.

Gewissenhafte fachmännische Beratung
in allen Vermögensangelegenheiten.

Die Bank für Handel und Industrie ist laut Erlass der Grossh.

B. G. B. für geeignet erklärt worden.

Niederlassung Wiesbaden. Taunusstr.

Telephon 122 und 123.

Depositenkasse Biebrich a. Rh., Rathausstrasse 9.
Telephon 88.

Annahme von Bareinlagen

in jeder Höhe und für jede Zeitdauer zu günstigsten Zinssätzen;
Näheres an unseren Kassen.

Regierung zur Anlegung von Mündelgeldern in Hessen nach § 1808

790

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Anfang 7 Uhr.
Mittwoch, den 18. Februar Ab. 8.
Eva.
Donnerstag, den 19. Febr. D. Aida.

Residenz-Theater.

Anfang 7 Uhr.
Mittwoch, den 18. Febr. Kammerstück.
abend: **Randragola.**
Donnerstag, den 19. Febr. Gastspiel
des Operetten-Ensembles vom Stadt-
theater in Hanau: **Filmzauber.**

Kurhaus.

Mittwoch, den 18. Febr. 4 und 8 Uhr
Abonnement-Konzert des
Kurorchesters.
Donnerstag, d. 17. Febr. 4 u. 8 Uhr.
Abonnement-Konzert des
Kurorchesters.

Hotel Erbprinz

Wiesbaden, Mauritiusplatz.

Anfang täglich 6 Uhr abends.
Original Oesterr.

Damen-Orchester.

Jos. Dir. Klingner.



Männer-
gesangsverein
Wiesbaden,

gegr. 1883.

Mittwoch, den 18. d. Mis.,
abends 7,9 Uhr

Probe

in der Schule und bitten wir
die Herren Sänger um pünkt-
liches und vollständiges
Erscheinen.

Der Vorstand.

2 schöne

Einlegeschweine

zu verkaufen.

Adolf Schwenzer,
Vordergasse 4.

6 bis 7 schöne

Läufer-Schweine

zu verkaufen.

Rathausstr. 30

Bäckerei Zinf.

3 Maskenanzüge

zu verleihen.

Näheres „Bierstadter Zeitung“.

Mehrere

Maskenanzüge

bill. z. verleihen. Wilhelmstr. 3.

Masken-Kostüm

(Preis m a s k e)

billig zu verkaufen oder zu ver-
leihen. Taunusstr. 2.

Dachdeckerlehrling

gegen Vergütung gesucht.

Carl Vogel, Sandbachstr. 11.

Schulranzen



Grösste Auswahl
Billigste Preise
offert als Spezialität



A. Letschert,

Wiesbaden, Paulbrunnensstrasse 10
Reparaturen. 480

Den werten Kunden und der Einwohnerschaft Wiesbadens
zur Nachricht, daß ich meine Wohnung von Sandbachstr. 7 nach
Erbenheimerstraße 35
verlegt habe.
Ph. Horn, Schuhmacher.

Kirchgasse 44. I.

Echte Platin-



mit Kautschukplatte
unter Garantie für guten Sitz und Haltbarkeit.
Bei mir werden nur Zähne mit echten Platinstäben, in
geeigneten Fällen Diatorix verarbeitet.

Zahlreiche Anerkennungen
liegen zur Einsicht offen:

Das Gebiss, das mir Herr
Wagner anfertigte, paßt sehr
gut und kann ich meinen
Leidensgefährten denselben
bestens empfehlen.
Wiesbaden, 15. 8. 12.

2015

Fritz E.

Ich Unterzeichneter bestä-
tige hiermit, daß ich mir bei
Herrn Wagner das Gebiss
eines Oberkiefers, das Ziehen
zweier Zähne, sowie eine
Plombe anfertigen liess. War
mit der schonenden Behand-
lung, sowie sehr guten Arbeit
zufrieden, sodaß ich Herrn
Wagner jedermann nur bestens
empfehlen kann.
Wiesbaden, 23. 8. 12.

Alfred W.

Zahnziehen (fast schmerzlos) Mk. 1.—.
Ganze Gebisse (28 Zähne) Mk. 56.—. Aluminiumgebisse pro
Zahn Mk. 5.—. Zähne mit gebranntem Porzellan-Zahnfleisch
Mk. 4.—. Goldkronen Brücken, Stützähne, Porzellanarbeiten,
Regulierungen billig. Wenden Sie sich vertrauensvoll nach
meiner Praxis. Sprechst. : Wochentags 8-12 u. 2-8. Sonnt. 9-1.
Machen Sie den Versuch!

Carow's Zahn-Praxis

Inh. M. Wagner,

Wiesbaden, Kirchgasse 44.

Fernsprecher 189.

Auswärtige Patienten werden auf Wunsch auch an einem Tage behandelt.